

Buchrezension

Culture & Working Conditions for Artists

Implementing the 1980 Recommendations concerning the Status of the Artist

Garry Neil, United Nations Educational Scientific and Cultural Organization, 2019
www.unesco.org

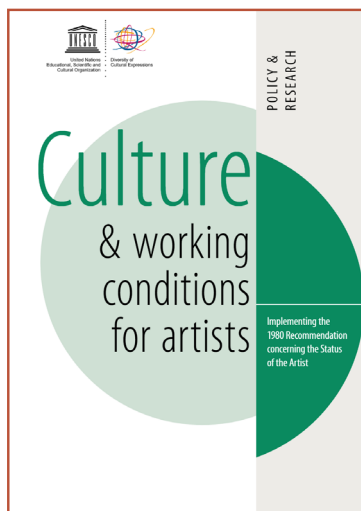
„The largest subsidy for the arts comes not from governments, patrons or the private sector, but from artists themselves in the form of unpaid or underpaid labour“

(Neil, 2019)

”

Die vorliegende Studie überprüft die Einhaltung der UNESCO-Empfehlung zur Verbesserung der Lage von Künstler_innen von 1980 auf ihre Anwendung weltweit. Sie war ein Meilenstein im Kampf um politische Anerkennung künstlerischen Schaffens und fordert seit 1980 alle 193 Mitgliedstaaten der vereinten Nationen dazu auf, die Freiheit künstlerischer Ausdrucksformen zu unterstützen, die materiellen Rahmenbedingungen für deren Produktion zu verbessern und Weiterbildung, soziale Absicherung, Mobilität und Meinungs- und Versammlungsfreiheit für Kunst- und Kulturschaffende weltweit zu gewährleisten. Die Studie „Culture & Working Conditions for Artists“ überprüft inwieweit diese Empfehlungen in Taten überführt wurden und befragt dabei folgende Teilbereiche: Gesetzgebung, Digitalisierung, Mobilität, Menschenrechte und die Freiheit der Kunst.

Best Practice-Beispiele von Ländern, in denen umfassende **Gesetzgebung** eingeführt wurde, bzw. in Planung ist, geben Einblicke in die kulturpolitischen Entwicklungen in u. a. Spanien, Marokko, Korea, Bolivien, Djibouti, Namibia, Jamaika u. v. a. Es finden sich Gesetzesbeispiele, angefangen bei Sonderregelungen zur Einbindung von Künstler_innen in die Sozialsysteme, bis hin zu steuerlichen Freistellungen. Diese Fallbeispiele aus vielen Ländern berücksichtigen den atypischen Charakter künstlerischer Arbeit. Sie zeigen aber auch, dass es nur selten zusammenhängende und allumfassende Gesetzgebung zum Schutz von Kunst- und Kulturschaffenden gibt. Die wachsende Aufmerksamkeit für diese Themen lässt dennoch auf positive Entwicklungen hoffen.



Zudem befragt die Studie die Empfehlungen aus 1980 in Bezug auf neue, durch **Digitalisierung** veränderte Produktions- und Distributionsweisen, besonders in den Bereichen Film und Musik. Eine wachsende Abhängigkeit von bestimmten Plattformen und damit einhergehende globale, digitale Monopole werden kritisch betrachtet und die unterschiedlichen Legislativen, die in diesem Spannungsfeld die Rechte und Freiheiten von Künstler_innen wahren, ins Licht gerückt. Des Weiteren inspiriert die Studie durch vielfältige Beispiele von Förderprogrammen weltweit, welche Digitalisierung in der Kunst ebenso wie digitale Kompetenzen von Künstler_innen unterstützen.

Seit 1980 sind die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu aufgefordert, Künstler_innen **Mobilität** zu ermöglichen, um Kontakte mit anderen Kulturen herzustellen und aufrechtzuerhalten. Viel Positives wird verzeichnet. Das Goethe-Institut, gemeinsam mit dem Institut français, entwickelt z. B. aktuell ein neues System um transnationale Mobilität in Europa zu verbessern. Bolivien und Chile arbeiten an einer Empfehlung zur Verbesserung von Migrationsprozessen von Künstler_innen. Das Ibero-Amerikanische Kulturzentrum hat den Grundstein für eine Kooperation von 23 Ländern auf diesem Gebiet gelegt und die ‚East African Community Creative Industry Bill‘ unterstützt Künstler_innen bei Reisen zu internationalen Veranstaltungen in der Region. Dennoch bilden die Budgets oft den Bedarf nicht ab, zudem gibt es für Künstler_innen aus dem globalen Süden nur wenige Möglichkeiten im globalen Norden zu arbeiten. Besorgnis regt sich beim Blick auf den Status der **Menschenrechte und die Freiheit der Kunst**. Die Studie konstatiert einen weltweiten Zuwachs an Bedrohung, geprägt von Zensur

durch Regierungen, Unternehmen oder andere Gruppen, über Festnahmen, physische Bedrohung bis hin zu Gewalt oder sogar Mord – besonders für Künstler_innen, die in Konfliktregionen leben.

Wie das Anfangszitat vermuten ließ, bleibt also viel zu tun um die soziale Absicherung und den Schutz von Künstler_innen gemäß den Empfehlungen aus 1980 zu sichern. Nachdem die vorliegende Studie Herausforderungen herausstellt, fordert sie dazu auf, Gesetzgebungen zu formulieren, die es Künstler_innen ermöglichen, ihre Arbeit ohne Einschüchterung durchzuführen, von ihrem Recht der sozialen Absicherung sowie dem, Unterstützung für ihre Arbeiten zu bekommen, Gebrauch zu machen, selbst mobil zu sein und sich zu versammeln.

Eine weltweite Analyse dieser Bedingungen ist ambitioniert – die Studie gibt dennoch tiefe Einblicke und stellt eine einzigartige globale Vergleichbarkeit her, die es ermöglicht voneinander zu lernen, die breitere öffentliche und politische Wahrnehmung und Unterstützung der Künste zu stärken und innovative Veränderungen der wirtschaftlichen und sozial-politischen Rahmenbedingungen anzuregen.

Thomas Fabian Eder

lebt als Researcher und freier Kunst- und Kulturmanager in Berlin.